

PRESSEMITTEILUNG

Geschäftsstelle
Königsbrücker Landstraße 79
01109 Dresden
Telefon 0351 / 80 25 247
E-Mail Info@phv-sachsen.de
Internet www.phv-sachsen.de

Arbeitszeitkonten beheben den Lehrkräftemangel nicht!

Der Philologenverband Sachsen (PVS) begrüßt grundsätzlich jede bildungspolitische Maßnahme, die geeignet ist, die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte nachhaltig zu verbessern. Arbeitszeitkonten können hierzu ein sinnvoller Baustein sein – vorausgesetzt, sie beruhen auf Freiwilligkeit, führen nicht zu zusätzlicher Belastung im laufenden Dienst und dienen nicht dazu, das strukturelle Problem der Überlastung durch individuelle Flexibilisierung zu kaschieren.

Der Vorsitzende des PVS, Thomas Langer, erklärt dazu: „Die vom SMK in Auftrag gegebene Arbeitszeituntersuchung der Prognos AG bestätigt, worauf der Philologenverband seit Jahren hinweist: Gymnasiallehrkräfte gehören zu den am stärksten belasteten Lehrkräften im Freistaat. Vollzeitbeschäftigte überschreiten ihre Sollarbeitszeit regelmäßig um durchschnittlich 0,6 Stunden pro Woche, Teilzeitkräfte sogar um 2,6 Stunden. In der arbeitsintensiven Phase zwischen Weihnachten und Pfingsten werden regelmäßig mehr als 45 Wochenstunden geleistet. Diese Grundbelastung muss Ausgangspunkt jeder Diskussion über Arbeitszeitkonten sein.“

Bereits im November 2025 hat der PVS ausdrücklich gefordert, die Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung zum 1. Februar 2026 dahingehend zu ändern, dass die Einschränkungen des Maßnahmenpakets aufgehoben und die Ergebnisse der Arbeitszeituntersuchung angemessen berücksichtigt werden. An dieser Forderung hält der Verband unverändert fest.

Die neue Lehrkräftearbeitszeitkontenverordnung, die zum 1. August 2026 in Kraft tritt, stellt durch ihre Freiwilligkeit einen wesentlichen Fortschritt dar – insbesondere im Vergleich zum gescheiterten Modell in Sachsen-Anhalt. Der PVS begrüßt ausdrücklich, dass weder verpflichtende Mehrarbeit angeordnet noch finanzielle Nachteile für Lehrkräfte vorgesehen sind.

Gleichwohl sieht der PVS weiterhin erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Falsche Reihenfolge der Maßnahmen

Die Einführung freiwilliger Arbeitszeitkonten vor der Rücknahme des Kürzungspakets – insbesondere der Streichung der K6-/K9-Anrechnungstunden – sendet das falsche Signal. Lehrkräfte, die bereits heute an ihrer Belastungsgrenze arbeiten, können zusätzliche Stunden weder dauerhaft freiwillig übernehmen noch sollten sie dazu gedrängt werden. Der PVS fordert deshalb, die Einführung des

Arbeitszeitkontos mit spürbaren Entlastungen zu verbinden. Die Rücknahme der Kürzungen bei den schulbezogenen Anrechnungsstunden ist Voraussetzung für eine wirksame Akzeptanz des Modells.

Keine Lösung des strukturellen Problems

Arbeitszeitkonten beheben den Lehrkräftemangel nicht, sondern verschieben dessen Folgen in die Zukunft. Wenn zahlreiche Lehrkräfte gleichzeitig Ansparphasen absolvieren und später ihre Unterrichtsverpflichtung reduzieren, droht in drei bis sieben Jahren ein erneuter struktureller Einbruch der Unterrichtsversorgung. Das Kultusministerium muss deshalb nachvollziehbar darlegen, wie dieser Effekt durch Neueinstellungen oder andere Maßnahmen kompensiert werden soll.

Keine Anerkennung bereits geleisteter Mehrarbeit

Gymnasiallehrkräfte leisten schon heute erhebliche Mehrarbeit, die weder systematisch erfasst noch angemessen ausgeglichen wird. Ein Arbeitszeitkonto, das auf dieser bestehenden Überlastung aufbaut, verschärft die strukturelle Ungleichbehandlung zusätzlich. Der PVS fordert daher die Einrichtung eines Runden Tisches zwischen dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus (SMK) und den Interessenvertretungen der Lehrkräfte, um gemeinsam tragfähige und praxisnahe Entlastungsmaßnahmen zu entwickeln. Maßnahmen ohne die Expertise der im Schulalltag stehenden Lehrkräfte werden erneut an den realen Herausforderungen vorbeigehen.

Der Philologenverband Sachsen verbindet seine Unterstützung für eine gelingende Umsetzung des Arbeitszeitkontenmodells mit folgenden zentralen Forderungen an das Sächsische Staatsministerium für Kultus:

1. Rücknahme des Maßnahmenpakets einschließlich der Streichung der K6-/K9-Anrechnungsstunden
2. Rückkehr zum Regelstundenmaß von 24 Unterrichtsstunden als strukturelle Entlastungsmaßnahme
3. Einberufung eines Runden Tisches zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen
4. Transparente Berichterstattung über Teilnahmequoten sowie Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung

Wer Lehrkräften nahelegt, freiwillig mehr zu arbeiten, muss zunächst nachweisen, dass ihre bisherige Arbeit fair bewertet und angemessen ausgeglichen wird. Das ist die Voraussetzung – nicht das Ergebnis – glaubwürdiger Bildungspolitik.

Dresden, den 28. Mai 2026

Ansprechpartner: Thomas Langer (Vorsitzender des Philologenverbandes Sachsen)
Kontakt: 0171 4419759
